

***Was Armut für die Bildungschancen bedeutet. Die Folgen
der Kinderarmut belasten Deutschlands Zukunft -
Perspektiven und konkrete Handlungsvorschläge***

von

Ulrike Meyer-Timpe

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Bildung - Prävention - Zukunft
Ausgewählte Beiträge des 15. Deutschen Präventionstages
Forum Vlg Godesberg; Auflage: 1 (31. Juli 2012), Seite 271-280

ISBN 3942865025 (Printausgabe)
ISBN 978-3942865029 (E-Book)

Ulrike Meyer-Timpe

Was Armut für die Bildungschancen bedeutet.

Die Folgen der Kinderarmut belasten Deutschlands Zukunft - Perspektiven und konkrete Handlungsvorschläge

Nürnberg, im Mai 2009. Die Bürgerstiftung hat in den historischen Ratssaal der Stadt eingeladen. Das Thema der Jahrestagung: Kinderarmut. Dabei treten Erst- und Zweitklässler aus einer benachbarten Grundschule auf, in der es einen besonders hohen Anteil an Kindern aus Hartz-IV-Familien gibt. Sie singen und untermalen ihre Lieder mit passenden Gesten. Es ist ihnen deutlich anzumerken, wie sie sich darauf konzentrieren, alles richtig zu machen. Ein ausgesprochen rührender Auftritt. Einerseits spürt man den Stolz der Kleinen, in diesem prachtvollen Ambiente vor all den wohl-situierten Leuten aus der Bürgerstiftung aufzutreten – und andererseits sticht gerade in diesem Umfeld besonders krass ins Auge, wie ärmlich viele von ihnen angezogen sind. Jedem im Publikum wird sehr deutlich, dass diese Kinder unsere Hilfe brauchen. Und dass sie eine Chance im Leben verdienen.

Kinderarmut ist ein Thema, über das man in Deutschland lange Zeit nicht sprach. Noch vor zehn Jahren haben viele Menschen schlicht geäußert, dass es sie in Deutschland überhaupt gibt. „Wir leben ja nicht in Afrika.“ In der jüngsten Zeit hat sich das gewandelt. Nahezu täglich finden irgendwo in Deutschland Veranstaltungen zu Gunsten armer Kinder statt. Für Prominente gehört es plötzlich zum guten Ton, sich da zu engagieren. Und Politiker beteuern, wie wichtig sie den Kampf gegen die Kinderarmut finden.

Tatsächlich ist Kampf gegen die Kinderarmut und ihre Folgen das wichtigste Zukunftsthema unseres Landes. Unter den Folgen der explodierenden Kinderarmut werden wir alle in nicht allzu ferner Zukunft zu leiden haben – wenn wir nicht umgehend präventiv tätig werden.

Deutschlandweit leben insgesamt 1,75 Millionen Kinder bis einschließlich 14 Jahre in Hartz-IV-Familien. In Hamburg ist es sogar jedes vierte Kind. Diese Zahlen stammen von der Bundesagentur für Arbeit. Das bedeutet, dass die tatsächliche Kinderarmut noch viel größer ist. Die Kinder von Geringverdienern, die auch nicht mehr Geld zur Verfügung haben als Hartz IV, sind nicht berücksichtigt. Und vor allem betreffen die offiziellen Zahlen nur Kinder bis 14 Jahre. Sobald die kleinen Sozialgeldempfänger 15 Jahre alt werden, wird ihre Zahl nicht mehr erfasst. Die Statistik ignoriert ihre Existenz. Und auch in der öffentlichen Wahrnehmung existieren sie plötzlich nicht mehr als arme Kinder, die unsere Hilfe brauchen.

Kinder wie die kleinen Sänger aus Nürnberg erreichen unsere Herzen. Ihnen gilt unser Mitgefühl, und sehr viele Menschen empfinden es inzwischen als eine Frage der

Gerechtigkeit, dass ihnen geholfen wird. Doch sobald diese Kinder in die Pubertät kommen, ändert sich unser Blick auf sie total. Schlagartig werden sie in den Augen der Gesellschaft vom armen Opfer zum verhassten Täter. Man will mit ihnen nichts zu tun haben. Niemand steigt gern in ein Zugabteil, in dem eine Gruppe von gepiercten, tätowierten und grell geschminkten Jugendlichen sitzt, darunter zu allem Überfluss womöglich junge Migranten.

Allerdings: Diese Jugendlichen, deren Nähe uns so unangenehm ist, waren noch vor kurzem genauso anrührende Kinder wie die, die im historischen Ratssaal von Nürnberg auf der Bühne standen. Noch vor kurzem hätten wir Mitleid mit ihnen gehabt. Was ist also geschehen, dass sie sich plötzlich als so unangenehm, als geradezu missraten entpuppen?

Die Eltern haben versagt, lautet eine gängige Meinung. Sie haben sich nicht genug um ihre Kinder gekümmert und waren nicht in der Lage, sie anständig zu erziehen. Und weil die auffälligen Jugendlichen zum Großteil aus armen Familien stammen, verallgemeinern wir diesen Eindruck. Und so wird dann obendrein in der öffentlichen Diskussion so getan, als seien alle Hartz-IV-Eltern grundsätzlich unfähig – nach dem Motto: Wenn man ihnen mehr Geld für ihre Kinder gibt, versaufen sie es ja doch nur.

Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Der weitaus überwiegende Teil der 1,75 Millionen Hartz-IV-Kinder bis 14 Jahre wächst bei Eltern auf, die sich mit aller Kraft um ihre Söhne und Töchter bemühen und alles daran setzen, ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Die vernachlässigten Kinder, die das Bild in den Medien und auch bei den Jugendämtern dominieren, sind nur ein winziger Bruchteil unter den armen Kindern. Trotzdem, also obwohl sich die Eltern kümmern, wird aber ein relativ hoher Anteil der Jugendlichen aus armen Familien auffällig.

Den Hartz-IV-Eltern daran die Schuld zu geben, ist zynisch. Denn sie stehen vor einer nahezu unlösbaren Aufgabe. Sie sollen ihre Kinder genauso gut fördern wie Mittelschichtsfamilien und haben doch gar nicht die Mittel dafür. Und sie sollen ihren Kindern Perspektiven geben, die ihnen die Gesellschaft aber strikt verweigert. Die Sorge um die Zukunft ihrer Kinder wird für arme Eltern zusehends zum Kampf gegen Windmühlen, den sie nicht gewinnen können.

Eine Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung („Eltern unter Druck“) belegt: Die Anforderungen an Eltern sind seit den 1980-er Jahren enorm gestiegen. Angesichts der Massenarbeitslosigkeit sind die Mittelschichtseltern zusehends in Panik geraten und tun inzwischen alles, um die berufliche Zukunft ihrer Kindern möglichst früh zu sichern. Vom Babyschwimmen bis zum frühkindlichen Englisch buchen sie schon für Kleinkinder alle möglichen Kurse. Später fahren die Mütter ihre Kinder vom Hockey- zum Klavier- und danach auch noch zum Nachhilfeunterricht. Das machen sie, weil sie glauben, dass all das für die Entwicklung ihrer Kinder sehr wichtig ist und ihnen bessere Perspektiven

gibt. Von armen Eltern erwartet man, dass sie dafür sorgen, dass ihre Kinder auch ohne diese vielfältige Förderung mit denen aus der Mittelschicht mithalten.

Anders als noch vor wenigen Jahrzehnten setzen es die Schulen inzwischen als selbstverständlich voraus, dass die Eltern bei den Hausaufgaben helfen. Zusätzlich geben Deutschlands Eltern pro Jahr rund eine Milliarde Euro pro Jahr für Nachhilfeunterricht aus. Selbst Grundschüler bekommen schon professionelle Unterstützung, damit sie auf jeden Fall fit werden für das Gymnasium. Dass die Kinder armer Familien immer mehr abgehängt werden, hat also auch mit dem massiv gestiegenen Engagement der wohlhabenderen Eltern zu tun – das man ihnen natürlich nicht vorwerfen kann.

Tatsächlich war es zu Zeiten der Bildungsoffensive in den 60er und 70er Jahren für Arbeiterkinder leichter als heute, das Abitur zu machen und zu studieren. 1985 stammten 36 Prozent der Studenten aus Akademikerfamilien, 2006 waren es bereits 51 Prozent. Entsprechend gesunken ist der Anteil von Kindern aus weniger privilegierten Familien. Gleichzeitig ist aber die Bedeutung von möglichst hochwertigen Abschlüssen gestiegen. Wer früher nur den Hauptschulabschluss machte, konnte auf jeden Fall eine Ausbildung beginnen und es womöglich sogar bis zum Handwerksmeister bringen. Seit Mitte der 90er Jahre ist das anders. Ausbildungsplätze sind heiß umkämpft, und Hauptschüler ziehen den Kürzeren gegenüber Gymnasiasten und Realschülern. Nur noch fünf Prozent aller Hauptschüler erhalten unmittelbar im Anschluss an die Schule eine ganz normale, nicht von der Arbeitsagentur geförderte Lehrstelle in einem Betrieb. Wie aber sollen die Eltern ihren Kindern vermitteln, dass es sich lohnt, in der Schule aufzupassen und sich anzustrengen, wenn das für Hauptschüler gar nicht mehr stimmt?

Viele Jugendliche aus armen Familien landen auf der Hauptschule, obwohl sie eigentlich genauso begabt sind wie ihr Klassenkamerad, dessen Vater Arzt ist. Und weil auch ihre älteren Geschwister und die Nachbarkinder lediglich die Hauptschule besucht haben, kennen immer mehr arme Jugendliche in ihrem Umfeld niemanden, dem es gelungen ist, einen Ausbildungsplatz zu bekommen.

Bildungsministerin Annette Schavan hat kürzlich behauptet, im vergangenen Herbst seien 17.000 freie Lehrstellen übrig geblieben, aber nur 9000 Bewerber. Die Betriebe hätten also Schwierigkeiten gehabt, genug Bewerber zu finden. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Zahlen um eine infame statistische Schönfärberei. Zwar gab es nur 9000 Bewerber, die vollkommen auf der Straße standen. Aber nach Schätzungen des Bundesinstituts für Berufsbildung wurden etwa 300 000 Jugendliche in allen erdenklichen Maßnahmen geparkt, etwa im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) – und deshalb als Bewerber einfach nicht mehr mitgezählt.

Sie alle hätten viel lieber eine Ausbildung begonnen, und die allermeisten von ihnen haben Dutzende von Bewerbungen geschrieben und mussten entsprechend viele Absagen verkraften, bevor sie sich in die sogenannte Warteschleife eingereiht haben.

Und viele warten schon mehrere Jahre auf eine Lehrstelle. Für sie ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn jetzt behauptet wird, es gebe zu wenig Bewerber für die freien Stellen.

Die Pubertät ist eine Lebensphase, in der Jugendliche sehr empfindlich werden, was Fragen der Gerechtigkeit angeht. Da wird den Kindern aus armen Familien plötzlich klar, dass ihnen diese Gesellschaft kaum eine Chance gibt. Sie fühlen sich abgeschrieben und ungerecht behandelt – und das aus gutem Grund. Auch der OECD-Bildungsexperte Andreas Schleicher sagt: „Nirgendwo sonst spielt der soziale Status der Eltern auch nur annähernd so eine entscheidende Rolle wie in Deutschland, wenn es um den Schulerfolg der Kinder geht.“ Wer akademisch gebildete Eltern hat, besucht selbstverständlich das Gymnasium. Wer aus einer armen Familie stammt, für den muss die Hauptschule reichen. Was heute leider bedeutet: keine Chance auf ein besseres Leben.

Wenn man nicht nach den Zensuren geht, sondern die tatsächlichen Leistungen von Viertklässlern testet, dann stellt man fest: Bei identischen (!) Leistungen hat das Kind eines Arztes oder Anwalts in Deutschland eine dreimal so große Chance, eine Empfehlung fürs Gymnasium zu bekommen wie das Kind eines ungelerten Arbeiters. Das haben die Pisa-Forscher ermittelt, die in ihrer umfangreichen Iglu-Studie auch den Leistungsstand von Zehnjährigen testen. Sie sind zu dem Ergebnis gekommen, dass vierzig Prozent der Empfehlungen für die Schullaufbahn ab der fünften Klasse schlicht falsch sind: zu gut für Akademikerkinder – und zu schlecht für Kinder aus armen Familien.

Und wir wundern uns, dass die betroffenen Jugendlichen vor lauter Frust anfangen, um sich zu schlagen, weil sie sich ungerecht behandelt fühlen? Und wenn sie ausflippen, sagen wir: Die Eltern sind Schuld, sie haben versagt? Nein, wir alle als Gesellschaft sind Schuld, weil wir den Kindern aus armen Familien nicht die selben Chancen geben wie den Kindern aus der Mittelschicht – weil wir sie vor verschlossenen Türen stehen lassen. Hauptschullehrer berichten, dass ihre Fünftklässler durchaus schon begriffen haben, dass sie zum Looser abgestempelt wurden. Und schon mit zehn Jahren resignieren. Sie wissen bereits, dass sie so gut wie keine Chance haben. Immer mehr von ihnen nennen deshalb als Berufswunsch „Hartzler“.

Die Empfehlungen, die über das gesamte künftige Leben der Zehnjährigen entscheiden, spiegeln also nicht den tatsächlichen Leistungsstand der Kinder wider. Und auch die Zensuren sind keineswegs objektiv, das haben die Leistungstests der Bildungsforscher nachgewiesen. Denn Lehrer sind auch nur Menschen und haben tief im Unbewussten womöglich die heimliche Überzeugung, dass der Professorensohn natürlich aufs Gymnasium gehört und der Sohn der kurdischen Hartz-IV-Familie vermutlich nicht. Das schlägt sich in den Zensuren nieder, womöglich zusätzlich zur Angst des Lehrers vor dem Ärger, den der Professor machen wird, wenn sein Sohn die Empfehlung fürs Gymnasium nicht bekommt. Die kurdische Familie hingegen wird höchstwahrscheinlich keinen Zweifel an der Urteilskraft des Lehrers äußern.

Migrantenkinder, die ja weit überproportional häufig in armen Familien aufwachsen, werden in keinem anderen EU-Land derartig in der Schule benachteiligt wie in Deutschland. Und das, obwohl ihr Anteil an den Kindern in Deutschland beständig wächst. Heute hat ein Viertel der aller jungen Menschen zwischen 20 und 24 Jahre – das klassische Alter von Berufsanfängern – Migrationshintergrund, in zehn Jahren werden es 30 Prozent und 2032 bereits 40 Prozent sein. Da ist es mehr als logisch, dass wir als Gesellschaft ihnen schon aus purem Eigeninteresse die Chance auf einen Beruf geben müssen. Wer soll sonst künftig die Arbeit leisten in diesem Land, wenn wir selbst Rentner sind?

Im vergangenen Jahr habe ich verschiedene junge Migranten aus einfachen Familien interviewt. Sie hatten alle ein Einser-Abitur gemacht und haben daraufhin von der Vodaphone-Stiftung ein Stipendium für eine teure Privatuni bekommen. Und jeder einzelne von diesen jungen Leuten hat mir mit großem Nachdruck versichert, dass es reine Glücksache war, dass er überhaupt das Abitur machen durfte. Denn keiner von ihnen hatte nach der vierten Klasse die Empfehlung fürs Gymnasium bekommen. Sie hatten meist erst später, auf der Haupt- oder der Realschule, Lehrer gefunden, die ihr Potential erkannten und sie massiv unterstützt haben, damit sie noch nachträglich aufs Gymnasium wechseln konnten. Um dort, wie gesagt, ein Einser-Abitur zu machen. So viel zur Zuverlässigkeit von Empfehlungen.

Die nachweisbare Ungerechtigkeit unseres Schulsystems ist entsetzlich für die Kinder aus benachteiligten Familien. Sie trägt viel dazu bei, dass sich Armut in diesem Land inzwischen von einer Generation auf die nächste vererbt – dass sie zum Teufelskreis geworden ist. Und sie ist obendrein eine Katastrophe für unsere Gesellschaft. Im Jahr 2005 gab es 12,3 Millionen Schüler an Deutschlands allgemeinbildenden Schulen. 2020 werden es nur noch 10,1 Millionen sein, hat die Kultusministerkonferenz hochgerechnet. Auch angesichts dieser demografischen Entwicklung können wir es uns keinesfalls leisten, die Talente junger Menschen zu vergeuden, nur weil sie aus armen Familien stammen.

Ein Viertel jeden Jahrgangs macht heute maximal den Hauptschulabschluss und hat somit kaum Aussichten auf einen Lehrberuf. Eine solche Perspektivlosigkeit führt bei Jugendlichen oft dazu, dass sie sich gegen ihr Schicksal aufbäumen. Sie wollen nicht einsehen, dass die Gesellschaft sie nicht teilhaben lässt an ihrem Wohlstand und nehmen sich womöglich mit Gewalt das, wovon sie glauben, dass es auch ihnen zusteht. In den Jugendstrafanstalten haben Gymnasiasten Seltenheitswert, selbst Realschüler findet man dort kaum. Dafür sind sie voll von Hauptschülern und vor allem von Jugendlichen ohne Schulabschluss. Voll von Kindern aus armen Familien.

Zu diesem Thema gibt es eine beeindruckende Studie vom Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), die den direkten Zusammenhang zwischen Jugendkriminalität und Bildungschancen nachweist. Sie beschäftigt sich mit der Situati-

on von türkischen Jugendlichen, deren Armutsquote ja erheblich höher ist als die ihrer deutschen Altersgenossen. Fast die Hälfte der türkischen Familien in Deutschland ist arm, das heißt, sie haben ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze.

Die KFN-Studie vergleicht die Lage in München und in Hannover, und das jeweils 1998 und dann wieder Mitte der 2000er Jahre. 1998 besuchten in München 18 Prozent der türkischen Neuntklässler ein Gymnasium, 2005 war die Rate tragischerweise auf 12 Prozent gesunken. Ihre Bildungschancen sind dort also heute viel geringer als noch in den neunziger Jahren. Und: Die Rate der Mehrfachtäter unter den jungen Türken hat sich parallel dazu binnen nur sieben Jahren verdoppelt.

In Hannover gab es die genau gegenläufige Entwicklung. Weit über tausend Menschen haben dort in den vergangenen Jahren ehrenamtlich türkischen Kindern und Jugendlichen bei den Hausaufgaben geholfen. Innerhalb von acht Jahren hat man so den Anteil der jungen Türken, die aufs Gymnasium gehen, verdoppelt und auch den der Realschüler drastisch erhöht. Nur noch ein knappes Drittel der jungen Türken in Hannover besucht die Hauptschule. In München hingegen sind es sechzig Prozent. Was seinen Niederschlag auch in der Kriminalitätsstatistik findet: In Hannover hat sich die Quote der Mehrfachtäter unter ihnen im selben Zeitraum mehr als halbiert. „Die Hauptschule ist in den vergangenen 15 Jahren zu einem eigenständigen Verstärker der Jugendgewalt geworden“, sagt Christian Pfeiffer, der Chef des Kriminologischen Forschungsinstituts.

Dieses Beispiel macht deutlich: Es ist nicht fair, allein den Eltern die Schuld daran zu geben, wenn arme Jugendliche entgleisen. Wir als Gesellschaft dürfen uns nicht von der Verantwortung für diese Kinder freisprechen. Wir dürfen nicht die – finanziell ohnehin eingeschränkten – Bemühungen armer Eltern boykottieren, indem wir deren Kindern jede Perspektive verweigern und sie aufs Abstellgleis schieben.

Damit die Kinder aus Hartz-IV-Familien eine echte Chance bekommen, etwas aus ihrem Leben zu machen und irgendwann der Armut zu entrinnen, ist ein ganzes Bündel von Maßnahmen nötig. Es ist natürlich schön und wichtig, dass sich inzwischen viele Menschen ganz persönlich für arme Kinder engagieren. Noch wichtiger ist sicher, dass die Wirtschaft auch diesen Kindern die Chance auf eine Ausbildung gibt. Und vor allem muss die Politik den Kampf gegen die Kinderarmut über alle Parteigrenzen hinweg zu einem Schwerpunktthema machen, und das sowohl auf Bundes-, als auch auf Landes- und auf kommunaler Ebene. Wir brauchen einen Masterplan, der die Maßnahmen auf den verschiedenen Ebenen des föderalen Systems darauf überprüft, was sie für arme Kinder bedeuten, und sie auf einander abstimmt.

Viele Städte und Gemeinden sind heute durchaus engagiert im Kampf gegen die Kinderarmut. Allerdings ist Deutschland, was die kommunalen Anstrengungen betrifft, ein Flickenteppich. Für arme Kinder ist es reine Glücksache, ob sie in eine

Stadt geboren wurden, in der die Kita kostenlos ist und das Mittagessen in der Schule subventioniert wird. Ob sie in ihrer Stadt kostenlos in den Sportverein eintreten oder vergünstigt die Musikschule besuchen können, ob sie eine Monatskarte für den Nahverkehr erhalten oder zu einem Billigtarif ins Freibad können. Außerdem werden solche Vergünstigungen momentan in vielen Städten gestrichen, weil die Kommunen finanziell am Ende sind.

Vor allem aber: Was nutzen diese Anstrengungen der Kommunen, wenn sie auf Bundes- oder Landesebene konterkariert werden? Auf das Schulsystem beispielsweise, das von fundamentaler Bedeutung für die Zukunftschancen armer Kinder ist, hat die Stadt keinerlei Einfluss. Das ist Ländersache. Und außerdem nutzen viele Bundesländer die sinkenden Schülerzahlen, um Lehrerstellen zu streichen – anstatt für einen umso besseren Unterricht zu sorgen. Sie freuen sich über die sogenannte „demografische Rendite“, mit deren Hilfe sie ihren Haushalt entlasten können.

Der Bund wiederum will uns mit dem Betreuungsgeld beglücken, das die CSU fordert. Ich gönne es den Hausfrauen, die sich rund um die Uhr um ihre Kinder kümmern, dass sie 150 Euro Taschengeld vom Staat bekommen sollen. Aber eine solche kleine Geste der Anerkennung für die einen hätte verheerende Folgen für die anderen. Für arme Kinder bahnt sich damit eine Katastrophe an. Keine der heute so sehr engagierten Mittelschichtsmütter wird von diesem Geld die Entscheidung abhängig machen, ob sie ihr Kind in die Krippe gibt. Für arme Eltern hingegen, deren Kinder die Anregung und die Förderung dort besonders nötig hätten, sind 150 Euro eine Menge Geld – rund dreiviertel dessen, was sie insgesamt an Sozialgeld für ihr Kind kriegen. Da ist die Versuchung sehr groß, das Kind zu Hause zu behalten. Und das, obwohl Studien belegen, dass gerade für sozial benachteiligte Kinder der möglichst lange Besuch der Kita enorm positive Auswirkungen auf den späteren Erfolg in der Schule hat. Bei Migranten steigt die Aussicht, aufs Gymnasium zu kommen, um 56 Prozent, wenn sie bereits als Zweijährige in der Krippe waren, hat eine Bertelsmann-Studie nachgewiesen. Und bei den Kindern von ungelerten Arbeitern steigt diese Chance sogar um 80 Prozent.

Um den Kampf gegen die Kinderarmut mit Erfolg zu führen, brauchen wir den unbedingten politischen Willen dazu. Allerdings: Wer politisch wirklich etwas bewegen will, der muss ökonomisch argumentieren. Sonst geschieht gar nichts. Die Umweltbewegung hat es vorgemacht: So lange sie nur das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten beklagte, erntete sie allenfalls ein wohlmeinendes Nicken. Erst seit sie mit den Kosten des Klimawandels und den Folgen für die Wirtschaft argumentiert, befasst sich die Politik ernsthaft mit ökologischen Fragen. Bei allem Mitgefühl für die betroffenen Kinder: Nur wenn den politisch Verantwortlichen klar wird, was Kinderarmut auch für unsere Wirtschaft bedeutet, werden sie handeln.

Die USA sind sicher kein Musterbeispiel für einen fürsorglichen Sozialstaat. Dort hat man einen sehr pragmatisch ökonomischen Blickwinkel. Entsprechend gibt es dort auch zu sozialen Projekten zahlreiche Studien, die den Nutzen in Dollar umrechnen. Besonders viel Furore machte das Perry-Preschool-Projekt – eine Langzeitstudie, bei der die Effekte von frühkindlicher Bildung seit mehr als 40 Jahren beobachtet werden.

1962 suchte man dafür 120 Kinder aus armen afroamerikanischen Familien aus. Die eine Hälfte davon wurde in einer qualitativ hochwertigen Kita betreut, und obendrein wurden die Eltern regelmäßig besucht und darin beraten, wie sie die Entwicklung ihrer Kinder fördern können. Die andere Hälfte der Kinder diente als Vergleichsgruppe. Bis heute wird der Werdegang der beiden Gruppen verglichen. Dabei zeigte sich, dass die ehemaligen Preschool-Kinder erheblich seltener die Schule abgebrochen haben und viel bessere Schulabschlüsse gemacht haben, dass sie seltener kriminell wurden, seltener arbeitslos waren und im Schnitt später viel mehr verdient haben als ihre Altersgenossen, um die man sich nicht gekümmert hatte.

Sie verursachten der Gesellschaft also erheblich geringere Sozialhilfe- und Kriminalitätskosten und konnten gleichzeitig mehr zum Gemeinwesen beitragen, indem sie mehr Steuern zahlten. So wurden aus jedem Dollar, den man 1962 in das Projekt investiert hatte, binnen 40 Jahren stolze 17 Dollar. Das entspricht einer Verzinsung von 7,34 Prozent pro Jahr über 40 Jahre. Die Investitionen in die Kita und die Erziehungshilfen haben sich für die Gesellschaft also enorm gelohnt.

Solche Rentabilitätsberechnungen stoßen in Deutschland traditionell auf ideologische Vorbehalte. Dabei geht es gar nicht darum, die Kinder als künftige Arbeitskräfte zu instrumentalisieren. Sondern darum, der Politik Entscheidungshilfen zu geben. Die öffentliche Hand muss mit ihren knappen Mitteln haushalten und den gesellschaftlichen Nutzen ihrer Ausgaben bedenken. Dieser Nutzen ist bei der Förderung von Kindern aus armen und bildungsfernen Familien ganz besonders hoch. Das kann man mit Studien wie der zum Perry-Preschool-Projekt klar belegen.

Der Kampf gegen die Kinderarmut ist also nicht einfach ein Thema für besonders mitfühlende oder sozial engagierte Menschen. Er ist fundamental auch für die ökonomische Zukunft Deutschlands. Mit ihrer Hände und Köpfe Arbeit müssen auch diese Kinder dazu beitragen, dass wir alle unsere Rente bekommen. Wir müssen sie also unbedingt in die Lage versetzen, dass sie diese Aufgabe übernehmen können – schon aus purem Eigeninteresse.

Die Bildung armer Kinder wird zur Schicksalsfrage unseres Landes werden. Nur wenn wir ihnen eine Bildung gewähren, die ihren Talenten und Möglichkeiten entspricht, können sie eines Tages ihren Beitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens leisten. Und nur so werden ihre eigenen Kinder nicht auch wieder arme Kinder sein. Nur so ist der Teufelskreis der Armut zu durchbrechen, in dem sich die Armut aus

sich selbst heraus immer wieder neu produziert, weil sie erblich geworden ist. Wenn wir jetzt nicht mit aller Kraft gegen die dramatisch gestiegene Kinderarmut angehen, dann werden wir alle dafür in wenigen Jahren teuer bezahlen. Und unsere eigenen Kinder erst recht.

Inhalt

Vorwort 1

I. Der 15. Deutsche Präventionstag im Überblick

Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner
Berliner Erklärung 5

Erich Marks / Karla Schmitz
Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 15. Deutschen Präventionstages 9

Wiebke Steffen
Gutachten für den 15. Deutschen Präventionstag:
„Bildung - Prävention - Zukunft“ 39

Rainer Strobl / Olaf Lobermeier
Evaluation des 15. Deutschen Präventionstages 105

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Meinrad M. Armbruster / Janet Thiemann
ELTERN-AG: Anleitung zur Selbsthilfe - Ein Präventionsprogramm der
frühen Elternbildung für sozial Benachteiligte 147

Silke Baer / Harald Weilnböck
Bildung in Zeiten des Extremismus – Lebensweltlich-narratives Arbeiten
in der Gruppe und der Faktor ‚Kultur‘.
Zwei Modellprojekte sowie deren qualitative EU-Begleitforschung. 155

Jörg Dittmann / Jan Goebel / Sandra Heisig
Erfolgreich in Schule und Ausbildung trotz sozialer Benachteiligung
Unter welchen Voraussetzungen gelingen Schulabschlüsse und
Ausbildungsplatzsuche? 183

Cordula Heckmann
Von einer Schule mit zweifelhaftem Ruf zu einem Modellprojekt 201

Dieter Hermann / Vanessa Jantzer
Schulsozialarbeit – kriminalpräventive Wirkungen und
Verbesserungsmöglichkeiten 207

<i>Klaus Hurrelmann</i> Männer als Bildungsverlierer Warum wir dringend eine stärkere Jungenförderung benötigen	231
<i>Liv-Berit Koch</i> Evaluation des Pilotprojektes „Stadtteilmütter in Neukölln (2006 – 2008)“ Präsentation zentraler Ergebnisse auf dem 15. DPT	243
<i>Hans Rudolf Leu</i> Kindertagesbetreuung im Ausbau – Voraussetzungen für präventive Effekte	261
<i>Ulrike Meyer-Timpe</i> Was Armut für die Bildungschancen bedeutet. Die Folgen der Kinderarmut belasten Deutschlands Zukunft - Perspektiven und konkrete Handlungsvorschläge	271
<i>Nils Neuber</i> Bildungspotenziale im Sport – ein vernachlässigtes Feld der Bildungsdebatte?	281
<i>Carlo Schulz</i> Aller guten Dinge ist eins Plädoyer für ein besseres Schulsystem	293
<i>Ria Uhle</i> Veränderungen, Umbrüche, Krisen - Gewaltprävention an Schulen im Wandel	301
<i>Haci-Halil Uslucan</i> Verkannte Potenziale: Bildungsbeteiligung und Bildungsförderung von Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte.	315
III Autoren	323